



HESSISCHER LANDTAG

20. 01. 2022

Kleine Anfrage

**Claudia Papst-Dippel (AfD), Volker Richter (AfD), Arno Enners (AfD),
Dimitri Schulz (AfD) vom 23.12.2021**

Integration von geflüchteten Frauen in Hessen

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

Bei den Anhörungen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Schwangerschaftsberatungsstellen zunehmend Frauen und Paare mit Migrations- und Fluchthintergrund beraten. Mit dem Ergebnis der Anhörung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz stellt sich die Frage, in welchem Umfang speziell Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund Möglichkeiten zur Integration in Hessen angeboten bekommen.

Derzeit stammt jeder vierte Asylantrag in Deutschland von einer Frau und jede zweite Asylantragstellerin ist jünger als 16 Jahre. Nur ein Drittel der weiblichen Geflüchteten ging vor der Flucht einer Berufstätigkeit nach.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie viele Frauen mit Fluchthintergrund leben derzeit in Hessen? (Bitte nach Altersklasse aufschlüsseln.)

Frage 2. Wie viele dieser Frauen sind durch die Möglichkeit des Familiennachzugs nach Deutschland eingereist?

Die Fragen 1 und 2 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Eine statistische Auswertung ist nicht möglich. Das Merkmal „Fluchthintergrund“ wird weder im Ausländerzentralregister erfasst noch in der jährlich nach dem Stand vom 31. Dezember durch das Statistische Bundesamt erstellten Statistik über Schutzsuchende ausgewiesen (vgl. § 23 AZRG).

Frage 3. Wie viele Frauen mit Fluchthintergrund in Hessen sind derzeit berufstätig?

Hierüber liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Frage 4. Mit welchen Maßnahmen wird in Hessen sichergestellt, dass Mütter mit Fluchthintergrund und ohne Betreuungsplatz für ihre Kinder an Integrationskursen teilnehmen können?

Integrationskurse werden vom Bund organisiert und finanziert. Die Durchführung obliegt dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Frage 5. Mit welchen Maßnahmen werden Hemmnisse zur Teilnahme an Integrationskursen bei Frauen aus einem Familiennachzug mit traditionellen Frauen- und Familienbildern abgebaut und die Chancengleichheit zur Integration gefördert?

In Ergänzung zu den Maßnahmen des Bundes fördert das Land über das Programm „MitSprache – Deutsch4U“ niedrigschwellige Deutschkurse, in denen der Spracherwerb mit der Vermittlung von Informationen zur Alltagskultur, zu gesellschaftlichen Werten und Strukturen verbunden wird. Diese niedrigschwelligsten Sprachkurse werden nach Zielgruppen differenziert angeboten, wie z.B. „Mama lernt Deutsch“, Sprachcafés oder Sprachtreffs. Über dieses Landesprogramm wird auch eine kursbegleitende Kinderbetreuung für Kinder von Teilnehmerinnen und Teilnehmern finanziert.

Frage 6. Werden in Hessen frauenspezifische Integrationsmaßnahmen angeboten?

Im Rahmen der Förderung von Integrations- und Teilhabeprojekten sowie von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen des Landesprogramms „WIR – Vielfalt und Teilhabe“ werden unterschiedliche Schwerpunkte sowie Zielgruppen berücksichtigt. Modellprojekte zur verbesserten Teilhabe von geflüchteten Frauen und Mädchen sind ebenso ein Teil davon und werden gefördert.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Frage 7. Welche frauenspezifischen Gesichtspunkte werden unter den in Pkt. 6 genannten Integrationsmaßnahmen berücksichtigt?

Frauenprojekte, die im Rahmen des Landesprogramms „WIR – Vielfalt und Teilhabe“ gefördert werden, beinhalten u.a. folgende Gesichtspunkte:

- Unterstützung der Integration in die Stadtgesellschaft und Erhöhung der gesellschaftlichen Partizipation,
- Stärkung der Eigeninitiative sowie des Grades an Autonomie und der Selbstbestimmung,
- praxisnaher Erwerb digitaler Kompetenzen und Erweiterung von Medienkompetenz,
- Einbeziehung in gesellschaftliche Prozesse durch Information, Beratung und Beteiligungsformate sowie
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Wiesbaden, 13. Januar 2022

Kai Klose